

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914 betreffend das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, bringe ich Nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

1. Von der Liste der zur Ausfuhr freigegebenen Waren nach Biffer I der Bekanntmachung vom 16. Februar 1916 werden gestrichen:

- zu 2. Baldwolle und Mohrwolle, Nr. 28 p des Statistischen Warenverzeichnis;
- zu 4. Spargel (Nr. 33 g);
- zu 8. grüner Tee;
- zu 10. Algengras (Nr. 68 a); Seegrass (Nr. 68 d);
- zu 11. Holzmehl (s. auch Bekanntmachung vom 28. März 1916) und Holzspäne;
- zu 12. Korkholz und Korkabfälle (s. auch Bekanntmachung vom 2. April 1916);
- zu 15. Seggen und Schilfrohr;
- zu 31. Färbender;

2. Die Freigabe von Schländen (zu 28) wird auf getrocknete Schlände beschränkt;

3. Freigegeben wird die Ausfuhr von Gänseleberpasteten (in Feig, Terrinen, Blechdosen usw.).

Berlin, 20. Mai 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Daus.

Bekanntmachung

Über Ergänzung der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Rauschbänder vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71.) Vom 24. Mai 1916.

Auf Grund des § 3, § 4 Satz 2 der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Rauschbänder vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) bestimme ich:

Die Bestimmungen der Verordnung und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71.) werden ausgedehnt auf:

- Gerneismehl (Strabbenmehl),
- Seefarnmehl,
- Kalkschalen und
- Maiskolben jeder Art und Erzeugnisse daraus, die durch

Schälen, Mahlen oder Schrotten gewonnen werden.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Ausdehnung der Strafbestimmungen mit dem 30. Mai 1916 in Kraft.

Berlin, den 24. Mai 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

betreffend Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer. Vom 26. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Versicherten, die im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder einem mit ihm verbündeten oder befreundeten Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben und infolge ihrer Teilnahme am Kriege dauernd berufsunfähig (§ 25 Abs. 1 des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte) geworden sind oder werden, ist auf ihren Antrag die Hälfte der für sie an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte entrichteten Pflichtbeiträge zu erstatten. Bei freiwilliger Versicherung werden drei Viertel der eingezahlten Beiträge erstattet.

§ 2. Der Anspruch auf Beitragserstattung verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Berufsunfähigkeit geltend gemacht wird. Die Frist beginnt jedoch nicht vor Schluß desjenigen Kalenderjahres zu laufen, in welchem der Krieg beendet ist.

§ 3. Für das Verfahren gelten die §§ 229 ff. des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte.

Die Ansuchen der Angestelltenversicherung sind an die Entscheidungen obersten Militärbehörde des Kontingents darüber gebunden, ob eine Gesundheitsförderung als eine Dienstbeschädigung und die Dienstbeschädigung als durch den Krieg herbeigeführt anzusehen ist.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend den Übergang der Geschäfte der Reichsstelle für Kartoffelversorgung auf die Reichskartoffelstelle. Vom 22. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zur Beendigung der laufenden Geschäfte der Reichsstelle für Kartoffelversorgung gehen die Aufgaben und Befugnisse, die ihr durch die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln vom 12. April 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 217) zugewiesen sind, auf die Reichskartoffelstelle über.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, 22. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Zelbrück.

Bekanntmachung

über Ausdehnung der Vorschriften der Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen vom 13. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 276). Vom 25. Mai 1916.

Auf Grund der §§ 4, 6 der Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen, vom 13. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 276) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Vorschriften der §§ 3, 4 der Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen vom 13. April 1916 werden ausgedehnt auf:

1. die in Gastwirtschaften, Metzgereien, Konserverfabriken, Darnschleimereien und Schlachthöfen durch Fettabscheider oder auf andere Weise gewonnenen Spillwasserfette;
2. alle in Abdeckereien anfallenden Fette;
3. alle im Extraktionsverfahren (mit Wasser, Dampf oder anderen Lösungsmitteln) gewonnenen Fette.

§ 2. Der Preis für aus Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen gewonnene Fette und Fette darf für 100 Kilogramm Nettogewicht einschließlich Verpackung frei Waggon Verladestation nicht übersteigen:

bei technischem Knochenfett	350 Mark,
bei Speisefleischfett	375 Mark,
bei rohem Klauenöl	400 Mark.

§ 3. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Mai 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

einer Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen vom 2. Mai 1916. (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 103). Vom 25. Mai 1916.

Auf Grund der §§ 2, 3, 5 der Verordnung über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschländen vom 13. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 276) werden die Ausführungsbestimmungen vom 2. Mai 1916 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 103) wie folgt ergänzt:

1. § 1 erhält als Zusatz folgenden dritten Absatz:
Fleisch- und Wurstkonserverfabriken, Schinkensalzereien, Wurstfabriken und Kopfschälereien haben die in ihren Betrieben fallenden frischen Knochen und Rinderfüße täglich dem Kriegsausgleich (Knochenstelle) entsprechend den Bestimmungen des Abs. 1 anzugeben, sofern nicht im Einzelfalle eine besondere Vereinbarung mit dem Kriegsausgleich (Knochenstelle) über fortlaufende Zuleitung des Gefalles an bestimmte Betriebe getroffen ist.

2. Unter § 2 wird folgender § 2a eingefügt:

§ 2a. Wer gewerbmäßig Rinder, Schafe und Schweine schlachtet, ist verpflichtet, auf Verlangen des Kriegsausgleichs für pflanzliche und tierische Fette und Fette (Knochenstelle) die anfallenden frischen Knochen und Rinderfüße den von diesem bezeichneten Stellen unmittelbar zuzuleiten. Das Verlangen des Kriegsausgleichs ist auf dessen Ersuchen durch die Gemeinde öffentlich bekannt zu machen.

Die Preisbestimmung erfolgt nach § 2 Abs. 1 Satz 4.

3. Unter § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

§ 3a. Gastwirtschaften, Metzgereien, Konserverfabriken, Darnschleimereien und Schlachthöfe, bei denen aus Spillwasser durch Fettabscheider oder auf andere Weise Fette gewonnen werden; Betriebe, bei denen Fette im Extraktionsverfahren (mit Wasser, Dampf oder anderen Lösungsmitteln) anfallen, haben die so gewonnenen Fette dem Kriegsausgleich für Fette und Fette jedesmal dann anzugeben, wenn 100 Kilogramm angefallen sind, sofern nicht im Einzelfalle eine besondere Vereinbarung mit dem Kriegsausgleich

auszufuhr über fortlaufende Lieferung der Fette getroffen ist. Die gleiche Verpflichtung trifft die Abbereiten bezüglich aller in ihrem Betriebe anfallenden Fette.

Die Bestimmungen des § 3 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Mai 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

über Montanwachs. Vom 26. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Eigentümer von rohem und raffiniertem Montanwachs sind verpflichtet, das Montanwachs der Kriegsschmieröl-Gesellschaft m. b. H. in Berlin auf deren Verlangen käuflich zu überlassen.

Kommt eine Einigung über den Preis nicht zustande, so wird er von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt.

§ 2. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer den Vorschriften des § 1 Abs. 1 zuwiderhandelt.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Seltzerich.

Bekanntmachung.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats vom 28. Mai 1916 über Montanwachs (Reichs-Gesetzbl. S. 419) ist der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 30. Mai 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

J. B.: Dr. Wagner.

Bekanntmachung

über Höchstpreise für Soda. Vom 26. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Preise für Soda dürfen die in nachstehender Uebersicht aufgeführten Beträge nicht übersteigen:

A. Raffinierte Soda (Ammonialsoda,

Lebenssoda, Sodapulver).

1. Bei Abgabe von 50 bis 500 Kilogramm für 100 Kilogramm Reingewicht frei Haus einschließlich Sad 15,00 Mark

2. Bei Abgabe von geringeren Mengen als 50 Kilogramm für 1 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,20 Mark

für 1/2 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,10 Mark

B. Kristall- und Feinsoda.

1. Bei Abgabe durch den Hersteller (Fabrikpreis)

a) Kristallsoda: für 100 Kilogramm Reingewicht frei Haus einschließlich Sad 8,50 Mark

b) Feinsoda: für 100 Kilogramm Reingewicht frei Haus einschließlich Verpackung 9,50 Mark

I. im Sad 10,50 Mark

2. Beim Weiterverkauf in Mengen von 50 Kilogramm und darüber

a) Kristallsoda: für 100 Kilogramm Reingewicht frei Haus einschließlich Sad 10,75 Mark

b) Feinsoda: für 100 Kilogramm Reingewicht frei Haus einschließlich Verpackung 11,75 Mark

I. im Sad 12,50 Mark

3. Beim Verlaufe von geringeren Mengen als 50 Kilogramm Kristall- oder Feinsoda:

für 1 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,15 Mark

für 1/2 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,08 Mark

§ 2. Soweit Hersteller von Kristall- und Feinsoda unmittelbar an den Endverbraucher oder unter Ausschaltung des Großhandels an den Einzelhandel liefern, finden die im § 1 B 2 festgesetzten Höchstpreise Anwendung.

§ 3. Hersteller von Kristall- und Feinsoda dürfen gewerbsmäßig kleinere Mengen als 100 Kilogramm nicht abgeben.

Soweit Feinsoda in verschlossenen Packungen an die Verbraucher abgegeben wird, müssen die Packungen je 1/2 oder 1 Kilogramm (bei Füllung) enthalten.

§ 4. Der Reichskanzler kann die festgesetzten Preise ändern, sowie Höchstpreise für alle sodahaltigen Waschmittel festsetzen. Es kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können für ihre Gebiete oder Teile derselben die in §§ 1, 2 bestimmten Preise herabsetzen.

§ 5. Die in dieser Verordnung oder auf Grund derselben festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183).

§ 6. Wer den Bestimmungen des § 3 Abs. 1 oder Abs. 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Vorschrift des § 3 Abs. 2 jedoch erst mit dem 15. Juni 1916 in Kraft.

Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Seltzerich.

Bekanntmachung

über die Abgabe von Flaschenspiritus.

1. Die Sperrung der Abgabe des vollständig vergällten Branntweins für häusliche Zwecke (Flaschenspiritus) hat Notstände hervorgerufen, die die Reichsbrandweinstelle veranlaßt haben, die Spirituszentrale wieder zu der Abgabe von Flaschenspiritus zu ermächtigen. Diese Ermächtigung konnte jedoch nur für 25 Hundertteile des früheren Verbrauchs in den einzelnen Bezugskreisen der Großvertriebsstellen der Spirituszentrale erteilt werden. Von diesen 25 Hundertteilen sollen 20 Hundertteile zum bisherigen Bezugspreis von 55 Pfennig für das Liter gegen Bezugsmarken, die von den einzelnen Gemeinden verteilt werden, in den Verkehr gelangen, während 5 Hundertteile zu dem hohen Bezugspreis von 1,50 Mark für das Liter ohne solche Marken verkauft werden dürfen.

Die nur gegen Bezugsmarken auszugebende größere Teilmenge von 20 Hundertteilen ist bestimmt zur Befriedigung des Bedürfnisses minderbemittelter Personen, die den Spiritus zur Beheizung oder zum Kochen nötig haben und denen ein Ersatzmittel in Elektrizität oder Gas nicht zur Verfügung steht, sowie zur Deckung des Bedarfs von Personen, die den Spiritus für Zwecke der Gesundheitspflege benötigen.

Eine Sicherung dafür, daß der zum niedrigen Preise gegen Marken in beschränktem Umfang auszugebende Flaschenspiritus nur Zwecken der angegebenen Art zugeführt wird, kann nur durch Mitwirkung der Stadt-, Kreisverwaltungen usw. erreicht werden. Im Bezirk der Verwaltungen, die eine solche Markenausgabe nicht übernehmen, kann eine Abgabe von Flaschenspiritus für die bezeichneten Zwecke nicht erfolgen. Die Großvertriebsstellen der Spirituszentrale werden, unter genauer Mitteilung der Einzelheiten, an die obengenannten Verwaltungen mit der Erklärung herangetreten, daß sie bereit seien, Flaschenspiritus gegen Bezugsmarken zu den Bedingungen der Spirituszentrale abzugeben und um Versicherung zu erfragen, ob die Verwaltung für ihren Bezirk die Ausgabe der Bezugsmarken übernehmen wolle und von welchem Zeitpunkte ab.

Die Spirituszentrale veranlaßt die Herstellung der je auf eine Flasche Branntwein lautenden Bezugsmarken und wird sie durch Vermittelung ihrer Großvertriebsstellen in einer dem angemessenen Bedarf und der zur Verfügung stehenden Branntweinsmenge entsprechenden Zahl den an der Abgabe solchen Flaschenspiritus teilnehmenden Verwaltungen zugehen lassen. Die Verwaltungen haben die Marken ihrerseits mit dem Amtssiegel dahin zu kennzeichnen, daß die Bezugsmarken ausschließlich im Verwaltungsgebiete der Gemeinde zum Bezuge von Branntwein berechtigen.

Die Verteilung der Bezugsmarken an die Verbraucher erfolgt durch die bezeichneten Verwaltungen unter Berücksichtigung der oben mitgeteilten Zwecke, für die der Spiritus bestimmt ist. Es dürfen jedoch im Monat höchstens fünf Marken für einen Haushalt ausgegeben werden. Die Abgabe des Flaschenspiritus soll durch Kleinhandlärer erfolgen. Mit Rücksicht auf die geringe zur Verfügung stehende Menge kann aber auch nur ein Teil der Kleinhandlärer, die bisher Branntwein in Flaschen abgeben haben, zu dem Vertrieb herangezogen werden. Die Auswahl der zum Vertrieb des Flaschenspiritus nach örtlicher Lage, Geschäftsart usw. geeigneten Kleinhandlärer hat durch Einberufen der Verwaltungen und Großvertriebsstellen der Spirituszentrale zu erfolgen.

Der Abgabepreis des Flaschenspiritus zum Preise von 1,50 Mark für die Flasche soll solchen Personen, die durch die Verwaltungen bei der nach den angegebenen Gesichtspunkten erfolgenden Mar-

Verzinsung nicht berücksichtigt werden können, wenigstens die Möglichkeit geben, sich mit Brennspiritus zu versehen. Der Preis mußte hochgesetzt werden, um den Verbrauch dieser Art, für den nur 5 Hundertteile des früheren Verbrauches zur Verfügung gestellt werden könnten, von vornherein auf das notwendigste Maß einzuschränken.

2. Die Spirituszentrale ist ferner ermächtigt worden, Gewerbetreibende, die vollständig vergällten Brennwein in ihrem Betriebe verarbeiten, aber nicht mehr als 50 Liter im Monat benötigen, in der Weise zu berücksichtigen, daß sie ihnen den Verhältnissen angemessene Mengen Brennspiritus gleichfalls in Flaschen von 1 Liter Inhalt zum Preise von 55 Pfennig unter folgenden Bedingungen überläßt:

- a) Die Ueberlassung erfolgt gegen Marken, die die Spirituszentrale (ohne Mitwirkung der Gemeinden usw., Behörden) durch Vermittlung ihrer Vertriebsstellen den Gewerbetreibenden auf Wunsch bis zu höchstens 50 Stück für den Monat aushändigt;
- b) Die Gewerbetreibenden, die solchen Flaschenspiritus beziehen wollen, haben sich zu verpflichten, ihn nur im eigenen Gewerbebetrieb und nur zu den angegebenen Zwecken zu verwenden.

3. Gewerbetreibende, die größere Mengen als 50 Liter monatlich verarbeiten, haben sich mit ihren Anträgen an ihre bisherigen Bezugsquellen zu wenden.

Berlin, den 13. Mai 1916.

Reichsbrandweinstelle.

In Vertretung: Steinkopff.

Betr.: Versorgung der Krankenanstalten usw. mit Web-, Wirk- und Strichwaren.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf unser Ausschreiben vom 31. März d. J. (Gießener Anzeiger Nr. 79) teilen wir Ihnen nachstehend ein Schreiben des Reichskanzlers vom 18. Mai 1916 zur Kenntnisnahme und zur Bedeutung der Anstalten mit. Bedarfsanmeldungen und Bestellungen können von jetzt an unmittelbar an die Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle), Abteilung für Anstaltsversorgung, gerichtet werden, nachdem die Anmeldungen auf ihre Notwendigkeit an Hand des seitherigen Verbrauches und die durch die Kriegsverhältnisse gebotene Einschränkung des Verbrauchs geprüft worden sind. Die Bestellblätter sind nicht geändert worden.

Gießen, den 3. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 20. März 1916 — IV A 4675 — beziehe ich mich mitzuteilen, daß die bei dem Königlich Preussischen Ministerium des Innern eingerichtete Zentralbeschaffungsstelle für die Versorgung der Krankenanstalten usw. mit Web-, Wirk- und Strichwaren in die neu gebildete Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) als Abteilung für Anstaltsversorgung übergegangen ist. Der Wirkungskreis dieser Abteilung umfaßt nicht nur die Krankenanstalten, sondern alle sonstigen Anstalten im Deutschen Reich, deren Bedarf an Bekleidungsstoffen und anderer Web-, Wirk- und Strichwaren nach Anordnung der ihnen vorgesetzten Zentralbehörde von der Reichsbekleidungsstelle gedeckt werden soll und zwar insoweit, als sie nach der Neuordnung des Handelsverkehrs mit Web- usw. Waren nicht mehr in der Lage sind, ihren Bedarf selbst durch freien Einkauf zu decken.

Ich darf ergebenst anheimstellen, die unterstellten Verwaltungen hiervon in Kenntnis zu setzen und ihnen aufzugeben, ihren Bedarf zunächst vom Tage der Anmeldung ab bis zum 31. Dezember 1917 zum Zwecke der Gewinnung einer Uebersicht schleunigst mitzuteilen, und ferner Bestellungen auf Lieferung solcher Waren, die bis zum 31. Dezember 1916 bestimmt benötigt werden, bereits jetzt zu machen. Wann und in welchem Umfang entweder Lieferungen werden bewerkstelligt oder Bezugsrechte werden verabsolgt werden können, steht noch nicht fest. Jedenfalls dürfen die Anstalten nicht damit rechnen, sehr bald in den Besitz der gewünschten Gegenstände zu gelangen. Die Bestellung hat auf besonderen Vordruck zu geschehen, die dem Wunsche der Kriegs-Rohstoff-Verteilung entsprechen, und zwar sind Erzeugnisse aus Wolle und Halbwole auf einem Vordruck mit rotem Strich, solche aus Baumwolle auf einem Vordruck mit grünem Strich und solche aus Bastfasern (Flachs, Hanf, Jute) und Halbfleinen auf einem Vordruck mit gelbem Strich anzumelden.

Für die Bedarfsanmeldung und Bestellung empfehle ich, sich des Modells zu bedienen, dessen Ausfüllung durch die Hinweise auf der Rückseite des Bestellblatts Angelegt wird. Die Anmeldung des voraussichtlichen Bedarfs bis zum 31. Dezember 1917 ist als solche dadurch kenntlich zu machen, daß am Kopf der Aufsatz: Voraussichtlicher Bedarf vom Tage der Anmeldung an bis zum 31. Dezember 1917

auf den Vordruck gesetzt wird.

Wegen der Einreichung von Bestellungen für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 wird zu geeigneter Zeit eine Anregung gegeben werden.

Es ist geboten, die Anstalten vertraulich darauf aufmerksam zu machen, daß größte Sparsamkeit unbedingt erforderlich ist, und daß die Anstalten sich bei ihren Bestellungen auf das unbedingt Notwendige beschränken. Die Bestellungen werden zweckmäßig bei einer dorstseits zu bezeichnenden Stelle daraufhin vorzuprüfen sein, ob die Anstalten sich tatsächlich auf die Bestellung des Notwendigen beschränkt haben, und dann an die Reichsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle), Abteilung für Anstaltsversorgung, Berlin W. 56, Markgrafenstraße 42, zu senden sein. Die Vordrucke sind von der Firma G. S. Derman, Berlin SW. 19, Benthstraße 8, geliefert, wofür der Satz noch steht. Soweit staatl. kommunale und unter Staatsaufsicht stehende Stiftungsanstalten in Frage kommen, könnte die Benachrichtigung auch sofort erfolgen.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

Betr.: Regelung der Fleischversorgung, hier die monatlichen Nachweisungen der Schlachtungen.

An die Fleischbeschauer des Kreises.

Durch Verfügung vom 29. April 1916 haben wir Sie beauftragt, am Schlusse eines jeden Monats Zusammenstellungen über die im abgelaufenen Monat stattgehabten Schlachtungen aufzustellen und bis längstens zum 2. des darauffolgenden Monats an das zuständige Kreisbeterinäramt einzusenden. Dadurch, daß diese Zusammenstellungen meistens nicht rechtzeitig und erst auf Erinnerungen hin eingingen, war es unmöglich, der Landesfleischstelle die geforderte Nachweisung pünktlich vorzulegen. Großh. Ministerium des Innern hat uns daher beauftragt, das Fleischbeschauerpersonal unnachlässiglich in Disziplinarstrafen zu nehmen, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, insbesondere immer dann, wenn die Zusammenstellungen nicht rechtzeitig eingegeben. Außerdem werden Wartboten auf Kosten der Säumigen einstandt.

Wir machen Ihnen die pünktliche Einsendung der Zusammenstellungen an Gr. Kreisbeterinäramt Gießen nochmals zur besonderen Pflicht. Die Fleischbeschauer, deren Bezirke zur Assistenzbeterinäramtsstelle Grünberg gehören, haben die Zusammenstellungen ebenfalls an Gr. Kreisbeterinäramt Gießen einzusenden.

Gießen, den 2. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Wie vorher.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen die Fleischbeschauer sofort auf vorstehende Bekanntmachung aufmerksam machen lassen.

Gießen, den 2. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Verkehr mit Kraftfuttermittel.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nach dem gedruckten Rundschreiben der Reichsfuttermittelstelle vom 24. März 1916 (Kreisblatt Nr. 31 Ziffer II) sind den darin vorgeschriebenen Anzeigen amtliche Bescheinigungen des Kommunalverbandes beizufügen.

Großherzogliches Ministerium des Innern hat bestimmt, daß diese Bescheinigungen von der Landesverteilungsstelle für Futtermittel zu Darmstadt auszustellen sind und beauftragen wir Sie, dies alsbald örtlich bekannt zu geben.

Gießen, den 2. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Einfindung der Kreisabdeckerverzeichnisse für den Monat Mai 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sehen der umgehenden Vorlage der Abdeckerverzeichnisse für Monat Mai l. J. entgegen.

Gießen, den 3. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Selbstreinigung Dsch; hier Nachentschädigungen.

Die in der Bekanntmachung vom 20. Mai l. J. festgesetzte Offenlegungsfrist der Nachentschädigungsverzeichnisse wird bis einschließlich 23. Juni l. J. verlängert.

Die Tagfahrt zur Entgegennahme von Einwendungen gegen die Nachentschädigungsverzeichnisse wird vom 20. Juni l. J. auf Samstag, den 24. Juni l. J., vormittags 9 bis 10 Uhr verlegt.

Friedberg, den 30. Mai 1916.

Der Großh. Selbstreinigungskommissär:

Schmitts pahn, Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausschlag der Beiträge zu den Entschädigungen für Viehverluste auf die Besitzer.

Nachdem die Erhebung der Beiträge für das Rechnungsjahr 1915 und die Neuauflage der Viehbestände angeordnet worden ist, weisen wir die Viehbesitzer auf folgendes hin:
Der Ausschlag der Beiträge erfolgt getrennt:

- a) bei Wiedern nach Stückzahl und Wert,
- b) bei Wiedern nach Stückzahl, jedoch mit der Maßgabe, daß für Tiere, bei denen zur Zeit der Aufnahme im Anfang eines Rechnungsjahres der Wechsel der Schweidezähne noch nicht begonnen hat, nur je ein Drittel des am Schluß dieses Rechnungsjahres für jedes ältere Tier zu entrichtenden Beitrags zu erheben ist.

Für den Viehbestand sind die im Anschluß an die vorausgegangene allgemeine Viehzählung erfolgten Aufnahmen maßgebend. Wer nach erfolgter Aufnahme einen Rindviehbestand neu anschafft oder den zur Zeit der Aufnahme vorhandenen Rindviehbestand um mehr als ein Fünftel vermehrt, hat die Zahl der zugegangenen Tiere bei der Bürgermeisterei anzumelden. Bei Viehhändlern werden zehn vom Hundert ihres Jahresumsatzes als der für die Berechnung des Beitrags maßgebende Viehbestand angenommen.

Für Tiere, die dem Reich, den Bundesstaaten oder zu einem Landesherrenlichen Gestüt gehören, sowie für Schlachtvieh in Schlachthöfen oder in Schlachthöfen einschließlich öffentlicher Schlachthäuser werden keine Beiträge erhoben (§ 73 des Reichsgesetzes).

Bei Wiedern wird der auszufällende Beitrag für jede angefangene 1000 Mark des Wertes des Tieres erhoben.

Ein Pferd, das einen höheren Wert als 1000 Mark hat, ist von seinem Besitzer unter Angabe der Wertstufe innerhalb 14 Tagen nach Beginn jedes Rechnungsjahres oder nach dem Erwerb bei der Bürgermeisterei schriftlich unaufgefordert anzumelden.

Mit für ein Pferd Entschädigung zu leisten, das nicht vor schriftsmäßiger oder zu niedrig angemeldet ist, und übersteigt die reichsgesetzlich aus dem geschätzten Wert berechnete Entschädigungssumme die als Entschädigungssumme aus 1000 Mark oder aus dem Höchstbetrag der angemeldeten Wertstufe zu berechnende Summe, so hat der Besitzer einen besonderen Beitrag in Höhe dieses Unterschiedes zu leisten.

Nach Fertigstellung der bei Beginn des Rechnungsjahres aufzunehmenden Listen werden diese während einer Woche zur Einsicht auf der Bürgermeisterei aufgelegt. Der Tag der Auflegung wird ortsüblich bekannt gemacht werden.

Innerhalb der Anlegedfrist können gegen die Einträge von den beteiligten Viehbesitzern Einwendungen bei der Bürgermeisterei vorgebracht werden, die binnen drei Tagen darüber zu entscheiden hat. Beschwerden gegen die Entscheidung der Bürgermeisterei sind innerhalb einer Woche bei dem Kreisamt zu erheben, das endgültig entscheidet.

Der Jahresumsatz der Händler ist von diesen bei Beginn des Rechnungsjahres schätzungsweise anzugeben und dementsprechend zu 10 vom Hundert in die Liste aufzunehmen. Am Ende des Rechnungsjahres hat der Erheber nach den vom Händler zu führenden Kontrollbüchern (§ 20 bis 24 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats) den Jahresumsatz festzustellen und mit 10 vom Hundert in die Liste über der früheren geschätzten Zahl, die leibhaftig bleibend zu durchzeichnen ist, einzutragen. Der festgestellte Umsatz ist dem Beteiligten alsbald mitzuteilen. Dieser kann dagegen innerhalb einer Woche Beschwerde beim Kreisamt erheben, das darüber endgültig entscheidet. Nach Ablauf der Beschwerdefrist und, wenn Beschwerde erhoben worden, nach deren Erledigung hat der Erheber den endgültig festgestellten Jahresumsatz mit 10 vom Hundert in der Spalte „Bemerkungen“ der Liste zu wiederholen und dies zu unterschreiben.

Gießen, den 29. Mai 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Erheber sind angewiesen, Ihnen die Aufnahmelisten alsbald nach ihrer Aufstellung zu übergeben.

Indem wir Sie noch auf vorstehende Bekanntmachung hinweisen, empfehlen wir Ihnen diese Listen, sobald sie in Ihren Besitz gelangt sind, eine Woche lang auf Ihrem Bureau zur Einsicht offen zu legen und vor der Offenlegung durch ortsübliche Bekanntmachung die Viehbesitzer auf diese aufmerksam zu machen.

Nach Ablauf der Offenlegungsfrist sind die Aufnahmelisten an den Erheber wieder zurückzugeben, nachdem die Bescheinigung über die erfolgte Offenlegung und darüber, daß Einwendungen nicht erhoben wurden, auf der Rückseite der Listen niedergeschrieben worden sind.

Über den Besatz ist demnächst zu berichten.

Gießen, den 29. Mai 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausführung des Hessischen Gesetzes über die Entschädigung für an Mitzbrand, Rauchbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere.

Da in den Gemeinden Garbenteich, Hungen, Klein-Linden, Langsdorf, Lollar und Ulphe der Schweinerotlauf alljährlich aufzutreten pflegt, ordnen wir auf Grund des Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung für an Mitzbrand, Rauchbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere in der Fassung vom 29. April 1912 an, daß alle in diesen Gemeinden gehaltenen Schweine längstens bis zum 10. Juni d. J. der Großh. Bürgermeisterei zur Schutzimpfung angemeldet werden.

Alle nach diesem Anmeldetermin in den nächsten 6 Monaten in den genannten Gemeinden zugehenden Schweine sind spätestens am 3. Tage nach ihrem Zugang, Sonn- und Feiertage eingerechnet, der Großh. Bürgermeisterei zur Schutzimpfung anzumelden.

Die Großh. Bürgermeistereien haben die Anmeldungen vom 10. Juni ab am folgenden Werktag, die Anmeldungen später zugegangener Schweine stets am Tag nach erfolgter Anmeldung Herrn Dr. Köhler in Gießen einzufenden.

Für an Rotlauf gefallene Schweine, die nicht oder nicht rechtzeitig zur Schutzimpfung angemeldet, oder die in den bekannt gegebenen Impfterminen nicht zur Impfung vorgeführt werden, wird nach Maßgabe des gültigen Gesetzes eine Entschädigung nicht gewährt.

Gießen, den 5. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

An die Großh. Bürgermeistereien Garbenteich, Hungen, Klein-Linden, Langsdorf, Lollar und Ulphe.

Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie sofort ortsüblich veröffentlichen und das weitere Erforderliche alsdann unter genauer Einhaltung der Termine veranlassen.

Gießen, den 5. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Die am 3. April d. J. angeordnete Sperrung des Weklarer Wegs wird hiermit aufgehoben.

Gießen, den 31. Mai 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 31. Mai wurden in hiesiger Stadt gefunden: 1 Metallfingerring, 3 Regenschirme, 1 Feldflasche, 3 Papiergeldscheine, 1 Bänder, 1 Portemonnaie (Inhalt 1 Anhängel, 1 Griffelstift, 1 Lederriemen, 1 Handtasche, 1 Federmappe mit Inhalt, 1 Büchse mit Oelfarbe, 1 Portemonnaie mit Inhalt).

verloren: 1 vergoldeter Kneifer mit zwei verschiedenen Aufsätzen, 1 goldene Brosche mit schwarzer Einlage, 1 Lederstaschen (Inhalt: 1 silbernes Medaillon mit Photographien und Spiegel, 1 silbernes Portemonnaie mit 6,80 Mark, 1 goldenes Handglas, 2 Taschentücher, 1 Messer und 1 Abonnementsticket für das Lichtspielhaus), 1 dunkelblaue Lederhandtasche mit Brot und Zeitungen als Inhalt, 1 goldene Brosche mit 3 bunten Steinchen, 1 Aquarellmalerei, 1 runder silberner Anhänger mit großem Bernstein, 1 Portemonnaie mit 12 Mk. Inhalt, 1 Militärrentenquittungsbuch auf Karl Zahrt lautend, 1 goldene Brosche mit 3 Aquarellen, 1 Portemonnaie mit 2,40 Mk. Inhalt, 1 Emaille-Brosche mit Goldfassung, 1 schwarzer Damenregenschirm, 1 schwarze Handtasche (Inhalt: Portemonnaie mit 4 Mk. und Brot-, Fleisch- und Zuckerarten), 1 dünnes goldenes Kettenarmband, 1 silberne Damenuhr mit silberner Kette, 1 dünnes mattgoldenes Halsketten mit Amethyst in Tränenform, 1 in Silber gefasste Brosche (Halbmond mit Stein), 1 Baumsäge und 1 Weil, 1 Handtasche mit rotem und grünem Spiegel, sowie Portemonnaie mit 50 Pfg., 1 Taschentuch, 1 Lederhandtasche, Inhalt Portemonnaie mit ungefähr 3 Mark, Taschentuch G. B. gezeichnet, Bleistift, Gummi und Tasche für Papiergeld, eine Brieftasche mit 177 Mark Papiergeld, sowie eine 2-Mark-Gedenkmünze.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 3. Juni 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.